

Betreff:

**Verbesserung der Ausleuchtung von Fuß- und Radweg in
Teilbereichen an der Griegstraße**

Organisationseinheit:

Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

14.02.2022

Adressat der Mitteilung:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode
(zur Kenntnis)
Mitteilungen außerhalb von Sitzungen (zur Kenntnis)

Sachverhalt:

Dem Stadtbezirksrat 212 wurde in der Mitteilung 20-12902-01 eine erneute Prüfung der Beleuchtungssituation in Teilbereichen der Griegstraße zugesagt. Das Ergebnis ist abschließend wie folgt:

Durch die vorhandene bauliche Situation mit dem abgesetzten Geh- und Radweg war über die vorhandene Beleuchtungsanlage mit den Peitschenmasten auch nach der Umrüstung auf LED-Leuchten keine wesentliche Veränderung des Beleuchtungsniveaus auf dem Geh- und Radweg festzustellen.

Auch mit der Installation von weiteren Musterleuchten mit einer verstärkt rückwärtigen Ausleuchtung der Verkehrsflächen konnte keine wesentlich verbesserte Ausleuchtung des Geh und Radweges erreicht werden.

Für die Verbesserung der vorhanden Beleuchtungssituation des Geh- und Radweges ist in den benannten Bereichen die Installation einer zusätzlichen Beleuchtungsanlage erforderlich. Hierfür sind Kosten von ca. 40.000 € veranschlagt.

Die zusätzliche Beleuchtungsanlage wird vorbehaltlich der Rechtskraft des Haushaltes über die Maßnahmennummer 5S.660050, finanziert und in der 2. Jahreshälfte 2022 installiert.

Benscheidt

Anlage/n:

keine

*Absender:***SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 212****22-18128**
Antrag (öffentlich)*Betreff:*

Bau eines sicheren Schulweges im Bereich HdL nördlich der Braunschweiger Straße

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

23.02.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 08.03.2022
(Entscheidung)

Status

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Wir beantragen, dass die Verwaltung mit dem betroffenen Investor Gespräche aufnimmt, mit dem Ziel an der Nordseite der Braunschweiger Straße zwischen Pablo-Picasso-Straße und dem Rautheimer Kreisel den Bau des Gehwegs vorzuziehen, um für die Schülerinnen und Schüler der Grundschule Rautheim einen sicheren Schulweg zu errichten. Der Weg steht dann auch als sicherer Gehweg zur den Sporteinrichtungen und zur sozialen Infrastruktur in Rautheim zur Verfügung.

Sachverhalt:

Die Schulwegsituation für Grundschüler der Grundschule Rautheim aus dem Bereich des Baugebietes Heinrich-der-Löwe ist prekär.

Im Interesse der Schülerinnen und Schüler und deren Eltern ist, dass die Jetzige Situation möglichst bald verbessert wird, zum Beispiel durch einen vorgezogenen Endausbau des geplanten Gehweges an der Braunschweiger Straße zwischen Pablo-Picasso-Straße und dem Rautheimer Kreisel oder eine ggf. auch vorläufige, provisorische Lösung an dieser Stelle. Dieser Gehweg könnte dann mit der sich im Endausbau befindlichen Greta-Overbeck-Straße im östlichen Bereich des Baugebietes HdL verbunden werden.

Diese Wegeverbindung ist nicht nur für die Schüler:innen der Grundschule Rautheim wichtig, sondern würde auch einen sicheren Weg zu den Sportstätten und der sozialen Infrastruktur in Rautheim (Turnhalle, Sportplatz, Jugendtreff, ...) eröffnen.

Gez.

Dietmar Schilff / Dr. Hans-Jürgen Voß

Anlage/n:

Absender:**CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 212****22-18103**
Antrag (öffentlich)**Betreff:****Beschichterung der Zufahrt zum Friedhof in BS-Rautheim****Empfänger:**Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister**Datum:**

23.02.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 08.03.2022

Status**Ö****Beschlussvorschlag:****Beschluss:**

Wir bitten um Prüfung, an welchen Stellen die Ausschilderung der Zufahrt zum Friedhof in BS-Rautheim möglich und sinnvoll ist.

Hierfür kämen z.B. Standorte an den Straßen "Zum Ackerberg" und Am Rautheimer Holze in Frage. Bei positivem Ergebnis sollte eine Umsetzung schnellstmöglich erfolgen.

Sachverhalt:

Bislang gibt es offensichtlich an keiner Stelle in BS-Rautheim einen Hinweis auf den Friedhof und gerade auswärtige Gäste sind bereits mehrfach an der Zufahrt vorbei gefahren und mussten länger danach suchen.

gez. Frank Täubert

Anlagen:

Keine

*Absender:***CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 212****22-18116**
Antrag (öffentlich)*Betreff:***Briefkästen im Lindenberg***Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

24.02.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 08.03.2022

Status

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Wir bitten um die Prüfung des Briefkasten Standortes im Lindenberg (Möncheweg) ggf.um Versetzung an einen geeigneteren Platz.

Sachverhalt:

Bislang gab es im Lindenberg zwei Briefkästen. Der Briefkasten auf dem Lindenberghplatz Ecke Bunsenstraße wurde vor einiger Zeit entfernt. Der verbliebene Briefkasten auf dem Möncheweg ist füsseläufig schlecht bis gar nicht erreichbar (Siehe Anlage).

gez. Viktor Siffermann
Fraktionsvorsitzender

Anlagen:

Foto



TOP 4.3

Betreff:

Tausch eines ca. 2.690 m² großen städtischen Grundstücks gegen ein ca. 2.900 m² großes Grundstück für einen im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Stadtbahnausbau nach Rautheim geplanten P + R-Platz, beide gelegen im Gewerbegebiet "Gewerbehof Elmblick"

Organisationseinheit:

Dezernat VII

20 Fachbereich Finanzen

Datum:

19.02.2022

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	03.03.2022	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode (Vorberatung)	08.03.2022	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	22.03.2022	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	29.03.2022	Ö

Beschluss:

„Dem Grundstücktausch zu den in der Vorlage genannten Konditionen wird zugestimmt.“

Sachverhalt:

Der Stadt liegt ein Kaufantrag der Niedersächsischen Landgesellschaft mbH (NLG) über ein im ansonsten privaten Gewerbegebiet „Gewerbehof Elmblick“ gelegenes, ca. 2.690 m² großes, städtisches Gewerbegrunderstück an der Reitlingstraße vor.

Die NLG Geschäftsstelle Braunschweig ist derzeit in angemieteten Räumlichkeiten untergebracht, die jedoch zu klein geworden sind. Sie befindet sich daher auf der Suche nach einem geeigneten Grundstück, auf dem ein neues Bürogebäude errichtet werden kann. Das Gebäude soll in Holzhybridbauweise errichtet werden, eine Nachhaltigkeitszertifizierung nach DGNB erhalten sowie die Anforderungen neuer Arbeitswelten erfüllen. Mit dem Neubau soll in 2022 begonnen werden.

Bei der NLG handelt es sich um ein gemeinnütziges Unternehmen für die Entwicklung des ländlichen Raums, bei dem 51,9 % des Stammkapitals vom Land Niedersachsen gehalten werden. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen der Siedlung, der Agrarstrukturverbesserung und der Landentwicklung, der Landbeschaffung oder sonstiger gesetzlich zugewiesener Aufgaben als gemeinnütziges Siedlungsunternehmen.

Der Antrag der NLG wurde zunächst abgelehnt, da das städtische Grundstück im Zusammenhang mit dem hier geplanten Stadtbahnausbau nach Rautheim als eine potentielle Fläche für einen Park-and-Ride-Platz (P+R Platz) vorgehalten wurde.

Die NLG hatte daher gleichzeitig mit den Eigentümern von weiter westlich im Gewerbehof gelegenen Flächen an der Heinz-Scheer-Straße Kontakt aufgenommen, um evtl. dort eine Fläche für den Neubau einer Geschäftsstelle anzukaufen.

Da dieselben Eigentümer auch vom geplanten Stadtbahnausbau betroffen sind, sollten auch seitens des Projektes Stadt.Bahn.Plus (Braunschweiger Verkehrs GmbH (BSVG) und Stadt)

Grunderwerbsgespräche für diesen Bereich aufgenommen werden. Gleichzeitig wurde von der Verkehrsplanung dargestellt, dass die städtische Gewerbefläche an der Reitlingstraße fußläufig so weit von der nächsten geplanten Stadtbahnhaltestelle entfernt läge, dass diese voraussichtlich als P+R Platz nicht gut angenommen werden würde. Die im Privateigentum befindlichen, weiter westlich gelegenen Gewerbeflächen, über die die NLG bereits Verhandlungen aufgenommen hatte, seien hierfür besser geeignet. Zudem sei seitens des Stadtbahnprojektes angedacht, diese Fläche während der Bauzeit als Baustelleneinrichtung zu nutzen.

In gemeinsamen Gesprächen zwischen Vertretern des Projektes Stadt.Bahn.Plus und der NLG wurde folgendes Vorgehen abgestimmt:

Die NLG erwirbt zunächst die in Privateigentum stehenden Flächen für den P+R Platz sowie die im Zusammenhang mit dem geplanten Stadtbahnausbau erforderlichen Flächen, d.h. Flächen, die für die Stadtbahntrasse selbst sowie Flächen, die für einen Ausbau der öffentlichen Verkehrsflächen im Bereich der Helmstedter Straße benötigt werden.

Anschließend erfolgt ein Tausch der für den geplanten P+R Platz erforderlichen Flächen sowie der zukünftigen öffentlichen Verkehrsflächen an der Heinz-Scheer- bzw. Helmstedter Straße in Größe von insgesamt ca. 2.900 m² schlicht um schlicht mit der städtischen Gewerbefläche an der Reitlingstraße.

Die BSVG beabsichtigt, die für die eigentliche Stadtbahntrasse erforderliche Fläche direkt von der NLG zu kaufen.

Da es sich bei der Heinz-Scheer-Straße um eine Privatstraße handelt, die in diesem Bereich als Einbahnstraße geführt wird, muss neben dem Grundstück für den P+R Platz für dessen Erschließung auch ein 1/10 Miteigentumsanteil an Teilflächen der Privatstraße erworben werden, der Teil dieses Tauschgeschäftes ist.

Die Tauschflächen sind im beigefügten Lageplan dargestellt.

Der auf der städtischen Fläche vorhandene Wertstoffcontainerplatz soll nach dem Verkauf auf Wunsch der NLG verlegt werden. Ein Ersatzstandort wird derzeit gesucht. Der Stadtbezirksrat wird hierzu gesondert eingebunden.

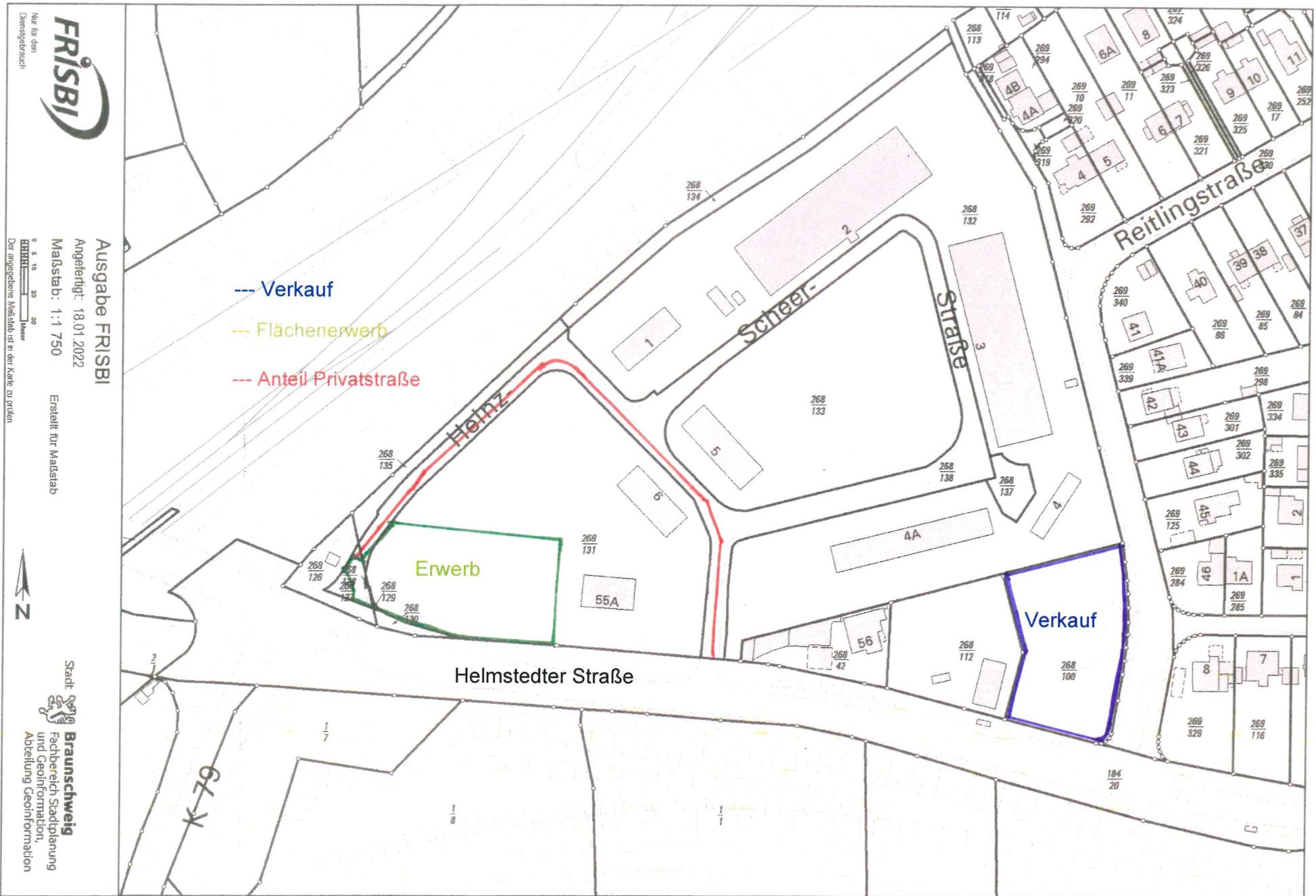
Um Zustimmung zu dem Grundstücktausch wird gebeten.

Die Beratungsfolge Stadtbezirksrat vor dem Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung konnte aufgrund der bereits feststehenden Sitzungstermine nicht eingehalten werden.

Das Ergebnis der Anhörung des Stadtbezirksrates 212 soll daher in Form einer Ergänzungsvorlage vor der Sitzung des Verwaltungsausschusses mitgeteilt werden.

Geiger

Anlage/n:
Lageplan



Absender:

SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 212

TOP 7.1

22-18111

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Ergebnisse der Geschwindigkeitsmessungen im Bereich Heidehöhe und Engelsstraße

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

23.02.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 08.03.2022
(zur Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Verwaltung hat die vom Stadtbezirksrats im Januar beantragten Geschwindigkeitsmessungen im Bereich Heidehöhe und Engelstraße nach unserer Beobachtung dankenswerter Weise bereits Ende Januar/Anfang Februar durchgeführt.

In diesem Zusammenhang fragen wir an:

1. Wurden die Messungen aufgezeichnet und wann können die Ergebnisse und Auswertungen im Stadtbezirksrat bekannt gegeben werden?
2. Welche Handlungsempfehlungen ergeben sich aus den Messungen?
3. Nach Beobachtungen wurden von der im Bereich Engelstraße Nr. 29 angebrachten Messtafel bereits Fahrzeuge erfasst und angezeigt, die bis ca. 50 m vor der Messtafel im Bereich der Engelsstraße Nr. 8-12 vor der abknickenden Vorfahrt gefahren und nach links Richtung Heidehöhe abgebogen sind. Welche Auswirkungen hat dies auf die Aussagekraft der aufgezeichneten Messungen?

Gez.

Detlef Kühn

Anlage/n:

Keine

Absender:

CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 212

TOP 7.2

22-18101

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Verlagerung der Fa. Lekkerland von BS-Rautheim an einen neuen Standort

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

23.02.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 08.03.2022
(zur Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Aus Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern wurde bekannt, dass die Fa. Lekkerland, bisher BS-Rautheim, Triftstrasse, an einen neuen Standort ausserhalb Braunschweigs verlegt werden soll.

Deshalb fragen wir:

1. Ist der Verwaltung bekannt, dass Lekkerland den alten Standort komplett aufgibt?
2. Gibt es schon Erkenntnisse über eine mögliche Nachnutzung der Gebäude?

gez. Frank Täubert

Anlagen:

Keine

Absender:

SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 212

TOP 7.3

22-18123

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Lärmschutz an der Braunschweiger Straße zum Baugebiet HDL

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

23.02.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 08.03.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

In der Mitteilung 22-17579-01 und einem Anschreiben an die betroffenen Anwohner wurde mitgeteilt, dass es baldige Gespräche wegen des erforderlichen Lärmschutzes an der Braunschweiger Straße geben sollte.

In diesem Zusammenhang fragen wir an:

1. Haben die angekündigten Gespräche bereits stattgefunden?
2. Wenn ja, welche Ergebnisse wurden erzielt?
3. Wenn nein: wann ist mit Gesprächen und Ergebnissen zu rechnen und ist es möglich den Stadtbezirksrat dann ohne weitere Nachfrage in einer Mitteilung zwischen den Sitzungen dazu zu informieren?

gez.

Detlef Kühn

Anlage/n:

Keine

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

22-18123-01**Stellungnahme
öffentlich***Betreff:***Lärmschutz an der Braunschweiger Straße zum Baugebiet HDL***Organisationseinheit:*

Dezernat III

60 Fachbereich Bauordnung und Zentrale Vergabestelle

Datum:

08.03.2022

*Beratungsfolge*Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode
(zur Kenntnis)*Sitzungstermin*

08.03.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage 22-18123 der SPD-Fraktion vom 23.02.2022 wird wie folgt Stellung genommen:

Zu Frage 1.:

Nein, die Gespräche haben noch nicht stattgefunden.

Zu Frage 2.:

Gesprächsergebnisse liegen noch nicht vor.

Zu Frage 3.:

Ein Gespräch zum Thema Lärmschutz an der Braunschweiger Straße mit dem Vorhabenträger MT Massivhaus ist für den 17.03.2022 terminiert.

Die Verwaltung wird den Stadtbezirksrat - sobald belastbare Ergebnisse vorliegen - auch außerhalb der Sitzungen informieren.

Kühl

Anlage/n: ./.

Absender:

CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 212

TOP 7.4

22-18102

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Zerfall eines Gebäudes - Helmstedter Str. 57a -
Mastbruch/Elmaussicht**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

23.02.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 08.03.2022
(zur Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Das Gebäude Helmstedter Str. 57a befindet sich in einem erbärmlichen Zustand und ist offensichtlich einsturzgefährdet.

Nach anfänglichem Beginn einer Sanierung wurden vor einigen Jahren die Maßnahmen eingestellt.

Wir fragen deshalb:

1. Ist der Verwaltung bekannt, ob hier ein Abriss oder eine Sanierung erfolgen soll?
2. Wann ist ggfs. mit der Fortführung der Maßnahmen zu rechnen?

gez. Frank Täubert

Anlagen:

Keine

*Betreff:***Zerfall eines Gebäudes - Helmstedter Str. 57a -
Mastbruch/Elmaussicht**

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat III 60 Fachbereich Bauordnung und Zentrale Vergabestelle	<i>Datum:</i> 08.03.2022
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode (zur Kenntnis)	08.03.2022	Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der CDU-Fraktion vom 23.02.2022 (22-18102) wird wie folgt Stellung genommen:

Der Verwaltung liegt kein Antrag auf Abriss oder Sanierung vor. Aufgrund einer Ortsbesichtigung wurde das Grundstück gesichert. Weitere Maßnahmen werden mit dem Eigentümer abgestimmt.

Kühl

Anlage/n: ./.

Absender:

SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 212

TOP 7.5

22-18124

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Widmung von Straßen im Bereich Baugebiet Heinrich der Löwe

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

23.02.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 08.03.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

Im östlichen Bereich des Baugebietes HdL, den Straßen Frida-Kahlo-Straße, Gerta-Overbeck-Straße und Else-Meidner-Straße, findet zurzeit der Endausbau der öffentlichen Straßen statt. Damit werden in diesem Bereich die Straßen, Gehwege und die endgültige Straßenbeleuchtung fertiggestellt und die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass nach einer Abnahme der Stadt die öffentlichen Flächen an die Stadt übergeben werden.

In diesem Zusammenhang fragen wir an:

1. Wann ist mit dem Abschluss der Arbeiten zum Endausbau in den genannten Straßen zu rechnen?
2. Zu welchen Zeitpunkt ist die Übergabe der Straßen und öffentlichen Anlagen zu erwarten, so dass die Stadt Braunschweig für die Belange der Anwohner in diesem Bereich Ansprechpartner wird?
3. Für welche Belange wird die Verwaltung der Stadt nach der Widmung der aufgeführten Straßen für die Anwohner Ansprechpartner?

gez.

gez.

Dietmar Schilff

Dr. Hans-Jürgen Voß

Anlage/n:

keine

Absender:

CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 212

TOP 7.6

22-18117

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Beschichterung Lindenbergsiedlung

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

24.02.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 08.03.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Bezeichnung Lindenbergsiedlung wurde vor einiger Zeit auf Lindenberg geändert.

Daher die erneute Anfrage:

- 1.) Wann ist mit dem Austausch der letzten veralteten Schilder zu rechnen?

gez. Viktor Sifermann
Fraktionsvorsitzender

Anlagen:

Keine

*Absender:***SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 212****22-18125****Anfrage (öffentlich)***Betreff:***Pflegekonzept für Grünfläche am Radweg Am Rautheimer Holze,
ehem. K43***Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

23.02.2022

*Beratungsfolge:*Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 08.03.2022
(zur Beantwortung)*Status*

Ö

Sachverhalt:

Zwischen dem Radweg im Verlauf der ehemaligen K43 und den Siedlungsgebiet Rautheim Süd gibt es eine langgestreckte Grünfläche, die zahlreiche Obstbäume, Büsche und auch Grasflächen aufweist. Die Grasflächen werden in jährlich 1-2-mal jährlich gemäht, das anfallende Schnittgut verbleibt nach unserer Beobachtung an Ort und Stelle.

In diesem Zusammenhang fragen wir an:

1. Welches Pflegekonzept wird für die im Sachverhalt benannte Grünfläche angewendet?
2. Wie kann der Bereich artenreicher gestaltet werden, zum Beispiel im Sinne einer verbesserten Insektenfreundlichkeit? Wären zum Beispiel durch Abtransport des Mahdgutes und die damit verbundene Abmagerung des Bodens verbesserte Bedingungen für zahlreiche Blühpflanzen zu erreichen?
3. Können im genannten Bereich zur Förderung von Artenvielfalt und Insektenfreundlichkeit mehrjährige Blühstreifen angelegt werden?

Gez.

Jutta Heinemann

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Neue Kita auf dem Gelände der ehemaligen Heinrich-der-Löwe-Kaserne

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

23.02.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 08.03.2022
(zur Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Fertigstellung der Kita an der Braunschweiger Straße - ehemals Heinrich-der-Löwe-Kaserne - verzögert sich offensichtlich durch Lieferschwierigkeiten bei Baumaterialien. Weiterhin gibt es Äusserungen von Bürgerinnen und Bürgern, dass der neue Betreiber der Kita möglicherweise noch keinen endgültigen Vertrag mit dem Eigentümer über die Nutzung abgeschlossen hat.

Deshalb fragen wir:

1. Wieviele Kinder sind aktuell davon betroffen und können nicht in der neuen Kita betreut werden?
2. Gibt es für alle Kinder an anderer Stelle Betreuungsangebote?
3. Ist es richtig, dass bislang kein endgültiger Nutzungs-/Mietvertrag zwischen Eigentümer und Fröbel gGmbH besteht?

gez. Frank Täubert

Anlagen:

Keine

*Absender:***SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 212****22-18126****Anfrage (öffentlich)***Betreff:***Sicherer Schulweg zur Grundschule Rautheim im Bereich HdL***Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

23.02.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 08.03.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Schulwegsituation für Grundschüler der Grundschule Rautheim aus dem Bereich des Baugebietes Heinrich-der-Löwe ist prekär. Die Situation für zu Fuß Gehende im Baugebiet ist insbesondere morgens nicht akzeptabel.

Im Interesse der Schülerinnen und Schüler und deren Eltern ist, dass die Jetzige Situation möglichst bald verbessert wird, zum Beispiel durch einen vorgezogenen Endausbau des geplanten Gehweges an der Braunschweiger Straße zwischen Pablo-Picasso-Straße und dem Rautheimer Kreisel oder eine ggf. auch vorläufige, provisorische Lösung an dieser Stelle. Dieser Gehweg könnte dann mit der sich im Endausbau befindlichen Greta-Overbeck-Straße im östlichen Bereich des Baugebietes HdL verbunden werden.

Diese Wegeverbindung ist nicht nur für die Schüler:innen der Grundschule Rautheim wichtig, sondern würde auch einen sicheren Weg zu den Sportstätten und der sozialen Infrastruktur in Rautheim (Turnhalle, Sportplatz, Jugendtreff, ...) eröffnen.

In diesem Zusammenhang fragen wir an:

1. Wie beurteilt die Verwaltung die aktuelle Schulwegsituation?
2. Wie bewertet die Verwaltung die Möglichkeit den Fußwegausbau an der Nordseite der Braunschweiger Straße zwischen Pablo-Picasso-Straße und Rautheimer Kreisel vorzuziehen?
3. Was muss getan werden, um mit dem zuständigen Investor an dieser Stelle möglichst bald eine gute Schulweg-Lösung für alle Schülerinnen und Schüler der GS-Rautheim zu erreichen und wann könnte diese fertiggestellt sein?

gez.

gez.

Dietmar Schilff

Dr. Hans-Jürgen Voß

Anlage/n:

Keine

*Absender:***CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 212****22-18108****Anfrage (öffentlich)***Betreff:*
Entwicklungen und Probleme im Bereich Heinrich-der-Löwe-Kaserne
Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

23.02.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 08.03.2022
(zur Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Stadt Braunschweig war bei der Entwicklung der ehemaligen Heinrich-der-Löwe-Kaserne von Anfang an federführend beteiligt. Viele Forderungen aus Verwaltung und Politik sind in die Genehmigungen und Verträge eingeflossen. Letztendlich sind die Kosten in den Kaufpreisen abgebildet und somit zahlen Käuferinnen und Käufer die "Zeche". Durch ungenaue vertragliche Regelungen gibt es Verzögerungen und Preissteigerungen. Viele Gutachten mussten erstellt werden und wurden dann von der Verwaltung geprüft. Schallgutachten führten u.a. dazu, dass im Aussenbereich an einer Stelle Tempo 30 gefordert ist.

Lärmbelästigung in Aussenbereichen war somit von Anfang an ein Thema und dort spielt die Anzahl der Wohneinheiten im Innenbereich keine wesentliche Rolle. Eine weitere Lärmquelle wird zukünftig auch durch die geplante Stadtbahn-Trasse entstehen.

Wir haben folgende Fragen:

1. Warum wurden bei der bekannten Faktenlage die Baugenehmigungen für die Wohnhäuser an der Braunschweiger Str. erteilt, ohne weitere Auflagen?
2. Weshalb ist beim Bau der Kita an der Braunschweiger Str., direkt neben den Wohnhäusern, ein Lärmschutz vorgesehen?
3. Kann bei der Planung der Stadtbahn an der Braunschweiger Str. ein Lärmschutz, z.B. Green Wall, möglicherweise unter Einbeziehung der alten Zaunanlage der HdL, vorgesehen werden?

gez. Frank Täubert

Anlagen:

Keine

Betreff:
Entwicklungen und Probleme im Bereich Heinrich-der-Löwe-Kaserne
Organisationseinheit:

Dezernat III

60 Fachbereich Bauordnung und Zentrale Vergabestelle

Datum:

08.03.2022

BeratungsfolgeStadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode
(zur Kenntnis)**Sitzungstermin**

08.03.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der CDU-Fraktion vom 23.02.2022 (22-18108) wird wie folgt Stellung genommen:

Zu Frage 1.:

Für die Reihenhausbebauungen an der Braunschweiger Straße sind Lärmschutzmaßnahmen - soweit die Außenbereichsflächen zur Braunschweiger Straße ausgerichtet sind – erforderlich. Diese Forderung resultiert aus den Festsetzungen des Bebauungsplanes. Die Lärmschutzmaßnahmen sind i. d. R. genehmigungspflichtig. Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens der Reihenhäuser wurden keine Lärmschutzmaßnahmen beantragt. Die Verwaltung hat daher den Vorhabenträger zum Gespräch eingeladen mit dem Ziel, dieses Versäumnis nachzuholen und im weiteren Schritt die Lärmschutzmaßnahmen zeitnah umzusetzen. Über den weiteren Verlauf wird die Verwaltung den Stadtbezirksrat unterrichten.

Zu Frage 2.:

Die Lage der Außenbereichsflächen der Kita ist - wie auch die der Reihenhäuser - zur Braunschweiger Straße ausgerichtet. Daher resultieren auch in diesem Fall die erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen zum Schutz der Kinder.

Entlang der Braunschweiger Straße ist bis zur Inbetriebnahme der Kindertagesstätte ein Lärmschirm mit einer Höhe von 2,00 m zu errichten.

Zu Frage 3.:

Bei der Planung der Stadtbahn wird selbstverständlich auch das Thema "Schall" intensiv betrachtet. Nach derzeitigem Erkenntnisstand wird aus dem Projekt "Stadtbahnausbau" an der angefragten Stelle kein Lärmschutz für das Gebiet HdL erforderlich. Maßgeblich sind daher die Festsetzungen des Bebauungsplanes AW 100.

Kühl

Anlage/n: ./.

*Absender:***SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 212****22-18127**

Anfrage (öffentlich)

*Betreff:***Tempo 30 für die gesamte Braunschweiger Straße***Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

23.02.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 08.03.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

Uns erreichen immer wieder Hinweise, dass die Geschwindigkeit auf der Braunschweiger Straße zu hoch ist und dass damit die Verkehrssicherheit gefährdet wird. Kinder gelten hier als besonders gefährdet, zum Beispiel an der Einmündung vom und zum Hdl-Baugebiet, im Bereich der Schule und im Bereich des Sportplatzes FC Rautheim sowie an den Bushaltestellen der Paxmannstraße. Da schon einige Teilstücke mit Tempo 30 belegt sind erscheint es sinnvoll, dieses über die gesamte Straßenlänge auszudehnen.

In diesem Zusammenhang fragen wir an:

1. Ist es möglich, die Geschwindigkeit über die gesamte Länge der Braunschweiger Straße auf einheitlich Tempo 30 zu begrenzen?
2. Welche Möglichkeiten gäbe es zusätzlich, die Einhaltung der Geschwindigkeit zu fördern (z.B. Verengungen der Straße, Zebrastreifen, Mittelinseln, Piktogramme auf der Fahrbahn ...)?
3. Sieht die Verwaltung hier die Möglichkeit kurzfristig eine Verbesserung herbeizuführen?

Gez.

Dr. Hans-Jürgen Voß

Anlage/n:

Keine

Absender:

CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 212

TOP 7.12

22-18113

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Sirenen in unserem Bezirk

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

24.02.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 08.03.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Sirenen in der Stadt Braunschweig wurden vor längerer Zeit abgebaut.

Wir fragen dazu an:

- 1) Gibt es Überlegungen neue Sirenen zu installieren?
- 2) Wenn ja, an welchen Stellen?

gez. Viktor Siffermann
Fraktionsvorsitzender

Anlagen:

Keine

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

22-18113-01**Stellungnahme
öffentlich****Betreff:****Sirenen in unserem Bezirk****Organisationseinheit:**Dezernat VII
37 Fachbereich Feuerwehr**Datum:**

08.03.2022

BeratungsfolgeStadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode
(zur Kenntnis)**Sitzungstermin**

08.03.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der CDU-Fraktion Im Stadtbezirksrat 212 vom 24.02.2022 [22-18113] wird wie folgt Stellung genommen:

Vorbemerkung:

In Braunschweig können derzeit Warnungen an die Braunschweiger Bevölkerung per Rundfunk (Radio und Fernsehen), Presse, Sozialer Medien und per Warn-App des BBK „NINA“ herausgegeben werden. Zusätzlich können betroffene Stadtteile mit Einsatzfahrzeugen befahren und die Bevölkerung durch Lautsprecherdurchsagen gewarnt werden. Ein flächendeckendes Sirenennetz gibt es in der Stadt Braunschweig nicht mehr, seitdem die für den Zivilschutz vorgesehenen Sirenen nach Ende des Kalten Krieges vom Bund aufgegeben wurden.

Zu Frage 1 und 2:

Zu den konkreten Planungen hinsichtlich eines neuen Sirenkonzeptes für die Stadt Braunschweig verweise ich auf die Mitteilung an den Ausschuss für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung vom 06.09.2021 (Drs.-Nr. 21-16820), die als Anlage beigefügt ist.

Geiger

Anlage/n:

Mitteilung 21-16820

Betreff:

**Konzept zur Einführung eines flächendeckenden Sirenensystems:
Aktueller Sachstand**

Organisationseinheit:

Dezernat VII

37 Fachbereich Feuerwehr

Datum:

06.09.2021

Beratungsfolge

Feuerwehrausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

08.09.2021

Status

Ö

Sachverhalt:Hintergrund

Der Katastrophenschutz obliegt nach § 2 Niedersächsisches Katastrophenschutzgesetz (NKatSG) den Kreisen und kreisfreien Städten als Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises.

Dabei ist die schnelle und sichere Warnung der Bevölkerung im Gefahren- oder Katastrophenfall eine der zentralen und wichtigsten Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutzes. Die Sicherstellung obliegt nach § 6 des Gesetzes über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes (ZSKG) i. V. m. § 2 NKatSG den Kreisen und kreisfreien Städten als Katastrophenschutzbehörden.

In Braunschweig können derzeit Warnungen an die Braunschweiger Bevölkerung per Rundfunk (Radio und Fernsehen), Presse, Sozialer Medien und per Warn-App des BBK „NINA“ herausgegeben werden. Zusätzlich können betroffene Stadtteile mit Einsatzfahrzeugen befahren und die Bevölkerung durch Lautsprecherdurchsagen gewarnt werden. Ein flächendeckendes Sirenennetz gibt es in der Stadt Braunschweig nicht mehr, seitdem die für den Zivilschutz vorgesehenen Sirenen nach Ende des Kalten Krieges vom Bund aufgegeben wurden.

Konkrete Planungen für Braunschweig

Das Gesamtkonzept zur Warnung der Braunschweiger Bevölkerung ist derzeit noch in Bearbeitung, es soll zum Jahresende 2021 den politischen Gremien vorgelegt werden.

Der zentrale strategische Ansatz des Konzeptes ist jedoch folgende zweistufige Alarmierung und Information der Bevölkerung:

1. Alarmierung der betroffenen Stadtteile durch Sirenen (Weckeffekt)
2. Information der Bevölkerung zur Gefahrenlage und Kommunikation konkreter Verhaltensmaßnahmen (Selbstschutz-Maßnahmen) durch Rundfunk, Apps und Lautsprecherdurchsagen

Dieses Konzept steht in Einklang mit den Erfahrungen aus dem bundesweiten Warntag am 10. September 2020 sowie aus den jüngsten Hochwasser- und Flutlagen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. In diesen Situationen wurde offenbart, dass die Warnungen über Rundfunk, Internet und Warn-Apps die Bevölkerung nicht flächendeckend und häufig verspätet erreicht, da der Weckeffekt fehlt. Für eine sichere Warnung der Bevölkerung im Gefahrenfall ist daher eine Kombination aus einem Sirenenalarm als „Weckruf“ und den über Rundfunk, Apps und Lautsprecherdurchsagen kommunizierten Verhaltensweisen für große Siedlungsbereiche, die zeitnah gewarnt werden müssen, unerlässlich. Die konkrete Notwen-

digkeit der umgehenden Warnung und Information der Bevölkerung besteht zum Beispiel bei der Freisetzung gefährlicher Stoffe und Güter, bei Bränden, Explosionen, Unwettern und Hochwasserereignissen sowie Verunreinigungen des Trinkwassers mit gefährlichen Stoffen. Die Planung eines Sirenennetzes erfordert die ingenieurwissenschaftliche Berechnung von Beschallungsbereichen unter Berücksichtigung von Topographie und Bebauung, Bewertung von möglichen Sirenenstandorten unter immissionsschutzrechtlichen Belangen, Festlegung der benötigten Sirenenarten und nicht zuletzt die baustatische und -rechtliche Betrachtung der angedachten Standorte.

Zusätzlich bedarf die Anbindung der Auslöseeinrichtung an die vorhandene Leitstellentechnik eine profunde Kenntnis der verfügbaren Systeme und deren Leistungsmerkmalen. Daher ist es aus Sicht der Verwaltung unumgänglich, die Fachplanung des Sirenennetzes extern zu beauftragen.

Erst im zweiten Schritt kann auf Grundlage der detaillierten Planung ein Sirenennetz errichtet werden. Dabei sind folgende Punkte in der Planung eines modernen, ausfallsicheren Sirenennetzes zu erfüllen:

- Einsatz von elektronischen Sirenen, die über die technische Möglichkeit zur akustischen Alarmierung und zur Durchführung von Sprachdurchsagen verfügen. Damit könnte die neue Strategie zur Alarmierung und gleichzeitigen Information der Bevölkerung optimal umgesetzt werden.
- Die Sirenen müssen einzeln, als lokaler Warnbezirk oder durch die Bildung eines ereignisbezogenen Warnbereichs (Polygon-Bildung) ansteuerbar sein. Dies verhindert, dass zu große Teile der Bevölkerung bei örtlich begrenzten Gefahrenlagen gewarnt werden.
- Um eine hohe Systemverfügbarkeit zu gewährleisten, muss die Auslösung der Sirenen an zwei technisch unabhängigen Auslöseorten (IRLS und Redundanzleitstelle) und über zwei unabhängige Auslösewege (BOS-Digitalfunknetz und POGSAG-Netz der Stadt Braunschweig) erfolgen können. Zusätzlich sind die Sirenen mit einer unterbrechungsfreien Stromversorgung (USV) auszustatten, um auch oder gerade im Falle eines Stromausfalls die Bevölkerung warnen zu können.
- Über eine Dauerüberwachungseinrichtung muss die Systemverfügbarkeit mit Statusanzeige an einer Zentralstelle erfasst werden können.

Finanzielle Aspekte

Die Kosten für die Planungsleistung des Sirenennetzes berechnen sich aus den Honorarsätzen nach HOAI; sie werden durch die Verwaltung auf rd. 200.000 Euro geschätzt.

Die Gesamtprojektkosten sind in hohem Maße von der Anzahl der benötigten Sirenen sowie der tatsächlichen Ausführung abhängig und können daher derzeit auf Grundlage der Erfahrungen anderer KatS-Behörden sowie einer Schätzung der benötigten Standorte durch eine Fachfirma für Sirenenbau nur grob auf ca. 1,6 Mio. Euro beziffert werden.

Zur Realisierung des Sirenen-Warnsystems wird die Verwaltung folgende Finanzraten in die Haushaltsplanung einbringen:

2022:	200.000,- €
2023:	800.000,- €
2024:	800.000,- €

Nach der Erstellung der notwendigen Fachplanung ist demnach die Realisierung in den Jahren 2023 und 2024 möglich.

Weiteres Verfahren

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe hat ein Sonderförderprogramm für Sirenen und/oder Sirenенsteuergeräte mit einem Gesamtvolumen von 88 Mio. Euro bis 2023 angekündigt, davon entfallen nach Königssteiner Schlüssel rd. 8 Mio Euro auf das Land Niedersachsen. Der Erlass des Ministeriums für Inneres Niedersachsen zur weiteren Verteilung der Fördermittel wird in Kürze erwartet. Erst wenn dieser vorliegt, kann eine verlässliche Aussage über die zu erwartende Fördersumme für die Stadt Braunschweig getroffen werden. Eine zusätzliche Förderung der Errichtung des Sirenennetzes durch das Land Niedersachsen wird nach derzeitigem Informationsstand nicht erwartet.

Die Verwaltung wird den politischen Gremien zum aktuellen Stand des Konzeptes resp. zur geplanten Umsetzung weiter berichten.

Geiger

Anlage/n:

keine

*Absender:***CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 212****22-18137**

Anfrage (öffentlich)

*Betreff:***Reinigung des Schulteiches an der Grundschule Lindenberg***Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

24.02.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 08.03.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

Für den Erhalt des Schulteiches ist eine regelmässige Reinigung/Pflege erforderlich.

Unsere Frage:

- 1) Gibt es einen Pflege- bzw. Reinigungs-Rhythmus?

gez. Viktor Sifermann
Fraktionsvorsitzender

Anlagen:

Keine

Absender:**SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 212****21-17263****Anfrage (öffentlich)****Betreff:****Gehwegschäden an der Braunschweiger Straße****Empfänger:**Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister**Datum:**

09.11.2021

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 23.11.2021

Status**Ö****Sachverhalt:**

Der Gehweg an der Braunschweiger Straße (zwischen Bushaltestelle Noetherstraße und dem Kreisel zur Weststraße) befindet sich inzwischen in einem unfallgefährdenden Zustand. Die Unfallgefährdung wird nachts bei schlechter Beleuchtung noch erhöht. Ebenfalls kann man nicht mehr von Barrierefreiheit sprechen. Die bisherige Maßnahme, zwei Schilder mit dem Inhalt "Gehwegschäden" aufzustellen sehen wir als nicht ausreichend an.

Dazu fragen wir an:

1. Welches sind die Kriterien für die Notwendigkeit einer Sanierung?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung für eine kurzfristige Verbesserung der Situation?
3. Wann wird dieses Teilstück gemäß der Planungen umgebaut, insbesondere auch bei Berücksichtigung der Planungen für den Stadtbahnausbau?

gez.

Hans-Jürgen Voß

Anlage/n:

Keine

Absender:

SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 212

TOP 7.15

21-17265

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Gehweg Rautheimer Straße (Teilstück vom Möncheweg bis zur Braunschweiger Straße)

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

09.11.2021

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 23.11.2021 Status
(zur Beantwortung) Ö

Sachverhalt:

Es besteht Unklarheit, ob auf dem Gehweg an der Rautheimer Straße (Teilstück vom Möncheweg bis zur Braunschweiger Straße) Radfahren erlaubt ist. Weder von der einen Richtung kommend noch von der anderen Richtung kommend sind entsprechende Schilder aufgestellt. Allerdings lassen die kleinen weißen Schilder mit Fahrrad und Doppelpfeil an der Einmündung Roseliesstraße vermuten, dass auf dem Gehweg in beiden Richtungen Radfahren erlaubt ist.

Dazu fragen wir an:

1. Ist auf dem genannten Gehweg "Radfahren erlaubt"?
2. Wenn es zulässig sein sollte, müsste dann nicht korrekterweise die Ausschilderung angepasst werden?

gez.

Hans-Jürgen Voß

Anlage:

Foto von den Schildern mit Fahrrad und Doppelpfeil



*Absender:***SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 212****21-17287****Anfrage (öffentlich)***Betreff:***Tempo 30 auf der Heidehöhe***Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

10.11.2021

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 23.11.2021

Status

Ö

Sachverhalt:

Es liegt ein Schreiben von Anwohnern vor mit einer Situationsbeschreibung und der Bitte um Verbesserung der jetzigen Situation. Wir kommen der Anfrage nach und hätten von der Verwaltung entsprechende qualifizierte Antworten.

Das Schreiben der Anwohner fügen wir zur Kenntnis an.

1. Wir fragen an, ob es auf der Straße Heidehöhe, zwischen Kreuzung Engelsstraße und Ziegelweg, möglich ist Tempo 30 einzuführen aufgrund der Gefährdungen für Kinder und Jugendliche, die zu den Spielplätzen im Lönnspark wollen, sowie der Gefahren für Anwohner und Kirchgänger beim Queren der Straße durch unübersichtliche Verkehrslage mit zahlreichen Fahrzeugen, die subjektiv zu schnell unterwegs sind.
2. Welchen anderen Möglichkeiten für eine sichere Querung zum Lönnspark sind aus Sicht der Verwaltung möglich?
3. Welche Anforderungen wären für einen Zebrastreifen oder eine Querungshilfe zu erfüllen und wäre eine solche Maßnahme im Übergangsbereich zum Lönnspark jeweils baulich umsetzbar?

gez.

Detlef Kühn

Anlage/n:

Schreiben der Anwohner

Absender:
Herr Reuter, BIBS

22-17578
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Ausleuchtung Fuß- und Radweg Möncheweg

Empfänger:
Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:
05.01.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 18.01.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

Folgende Situationsbeschreibungen erhielt ich von Bürger*innen aus dem Lindenbergs:

„....warum wird der Möncheweg nur für den Kraftverkehr, nicht auch der Fußweg durch Laternenlicht ausgeleuchtet? Warum muss ich, wenn ich bei Dunkelheit dort lang gehe Leuchtmittel mitführen, damit ich nicht von Radfahrer*innen angefahren oder ab Dedekindstr./Umspannwerk durch schlechte Wegstrecke stürze?“

„....hier von uns einige Fotos 18:00 h mit der Anfrage an den Stadtbezirksrat 212: Frage wo ist, oder wie erkenne ich den Fußgängerweg Möncheweg?...“

In diesem Zusammenhang frage ich die Verwaltung:

1. Welche Möglichkeiten gibt es im oben genannten Bereich zur besseren Beleuchtung des Fuß- und Radweges?

Gez.
Jürgen Reuter

Anlage/n:
Zwei Fotos





*Absender:***SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 212****22-17581****Anfrage (öffentlich)***Betreff:*

**Überprüfung der Lage der Bushaltestelle Alter Rautheimer Weg
(Südseite)**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

05.01.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 18.01.2022
(zur Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Bushaltestelle „Alter Rautheimer Weg“ (Südseite) ist seit vielen Jahren an dem heutigen Standort, vor dem Haus Am Steintore 1.

Auf dem Nachbargrundstück Am Steintore 2 sind seit 2020 einige Wohnhäuser entstanden, die von der Straße Am Steintore erschlossen werden. Die Baubehörde hat in diesem Bereich unter anderem auch die Bordsteinabsenkung für eine 4 m breite Grundstückseinfahrt genehmigt, mit einer zusätzlichen Übergangsbereich zu normaler Bordsteinhöhe von 1 m links und rechts.

Busse, die diese Haltestelle anfahren, versperren somit immer wieder eine Grundstückszufahrt und durch die Bordsteinabsenkung ist für einige ÖPNV-Nutzende der Ein- und Ausstieg aus dem Bus besonders beschwerlich. Ein Umbau zu einer barrierefreien Haltestelle mit Hochbord ist wegen der Grundstückseinfahrt mit Borsteinabsenkung zukünftig kaum möglich.

In diesem Zusammenhang fragen wir an:

1. Wie beurteilt die Verkehrs GmbH die Veränderungen an der Haltestelle Alter Rautheimer Weg (Südseite) und die Auswirkungen auf den Fahrbetrieb bzw. die Fahrgäste?
2. Welche Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation, insbesondere für die Fahrgäste, gibt es aus Sicht der Verkehrs GmbH?
3. Kommt eine Verlegung der Haltstelle, zum Beispiel um ca. 30 m in Richtung Westen in Betracht?

Gez.

Detlef Kühn
Bezirksbürgermeister

Anlage/n:

Keine

*Absender:***Fraktion B90/Grüne im Stadtbezirksrat
212****22-17597****Anfrage (öffentlich)***Betreff:***Fußgänger-Gasse zwischen den Sackgassen "Im Grashof" und
"Kleegasse" in Braunschweig-Rautheim***Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

05.01.2022

*Beratungsfolge:*Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 18.01.2022
(zur Beantwortung)*Status*

Ö

Sachverhalt:

Die Fußgänger-Gasse selbst ist unbeleuchtet. Bei Dunkelheit ist die Gasse daher nicht einsehbar, insbesondere dann, wenn keine optimale Adaption der Augen erfolgte. Die Gasse wird als Schulweg genutzt. Der sanierungsbedürftige Belag der Gasse stellt wegen mangelnder Beleuchtung eine Gefahrenquelle dar.

Anfrage:

Welche Möglichkeiten zur Abhilfe bestehen und sind beabsichtigt?

Gez.

Konrad Czudaj
(Fraktionsvorsitzender Grüne)**Anlage/n:**

Keine

Absender:
Jürgen Reuter, BIBS

22-17601
 Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Volkstrauertagveranstaltungen im Stadtbezirk 212 am 14.11.2021

Empfänger:
 Stadt Braunschweig
 Der Oberbürgermeister

Datum:
 05.01.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 18.01.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

Laut Südnachrichten 4/2021, S. 26 ff "Gedenken für die Opfer von Krieg und Gewalt" fanden im Stadtbezirk 212 zum Volkstrauertag (13./14.11.2021) fünf Veranstaltungen statt. Die Veranstaltungen in Rautheim, im Lönnspark und in Mascherode wurden vorher entsprechend der Anlage DS 16-02948 (s. Anlage 1) dem SBR angezeigt und von seinen Mitgliedern unterstützt.

Über die Veranstaltungen am Brodweg und in Roselies Süd wurden der SBR und die Bezirksgeschäftsstelle Ost nicht informiert (s. meine Anfrage im SBR am 23.11.2021), sie entsprechen nicht der o. g. Mitteilung des DEZERNAT IV - Kultur- und Wissenschaftsdezernat vom 01.09.2016 und sind nicht Bestandteile der Braunschweiger Erinnerungskultur (s. Orte der Erinnerung | Stadt Braunschweig). In Roselies Süd protestierten Bürger*innen gegen den Inhalt dieser Veranstaltung (s. Anlagen 3 und 4).

In diesem Zusammenhang frage ich die Verwaltung:

1. Handelte es sich bei den Veranstaltungen am Brodweg und in Roselies Süd um Privatveranstaltungen (s. Anlage 2) und wurden der SBR und die Verwaltungsstelle Ost deshalb nicht informiert?
2. Warum wurden von den zwölf protestierenden Bürger*innen von der Polizei die Personalien festgestellt?
3. Warum fand die Veranstaltung des "Traditionsverband Panzeraufklärungsbataillon 1" nicht an dem offiziellen Erinnerungsort "Garten der Erinnerung" im Roseliesquartier statt (s. Anlagen 5 und 5a)?

Gez.

Jürgen Reuter

Anlage/n:

Anlage 1 Vorlage_16_02948 Volkstrauertag

Anlage 2 Übertragung des Nutzungsrechtes doc20211123095840

Anlage 3 Steinmeier und Kolonialismus BZ 23.09.2021

Anlage 4 BZ-Deutschland beginn Völkermord

Anlage 5 160614_ErinnerungsortRoselies_Übersicht_1_1750_KennzeichnungFläche

Anlage 5a 180901 Roselies - Garten der Erinnerung in Braunschweig eröffnet (BZ)

Betreff:**Kranzniederlegungen am Volkstrauertag: Zukünftiges Verfahren**

Organisationseinheit:	Datum:
DEZERNAT IV - Kultur- und Wissenschaftsdezernat	01.09.2016

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (zur Kenntnis)	02.09.2016	Ö

Sachverhalt:

Der Volkstrauertag wird jährlich vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. bundesweit ausgerichtet, die zentrale Feierstunde findet im Plenarsaal des Deutschen Bundestages statt. Er wird als ein stiller, nicht gesetzlicher Feiertag des Gedenkens und der Mahnung zum Frieden in der gesamten Bundesrepublik Deutschland begangen.

Der Volkstrauertag wurde als Gedenktag für die Kriegstoten des Ersten Weltkriegs eingeführt, auf Vorschlag des kurz zuvor gegründeten Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Der Tag sollte ein Zeichen der Solidarität derjenigen, die keinen Verlust zu beklagen hatten, mit den Hinterbliebenen der Gefallenen sein.

Analyse der bisherigen Verfahrensweise:

Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Kranzniederlegung am Erinnerungsort Historische Garnison Braunschweig „Roselies“ im Jahr 2014 ist von der Verwaltung die bisherige Verfahrensweise grundsätzlich hinterfragt worden. Zu diesem Zweck wurde eine Erhebung von Kranzniederlegungen in den einzelnen Stadtbezirken vorgenommen. Traditionell initiiert die Stadt Braunschweig an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet Braunschweig zum Volkstrauertag Kranzniederlegungen und stille Gedenken (s. Anlage). Die Mehrzahl der Kranzniederlegungen erfolgt in den Stadtteilen. Im Ergebnis der Abfrage ist festzuhalten, dass nur bei der Hälfte der bislang 56 bedachten Orte für Kranzniederlegungen eine aktive Teilnahme der Öffentlichkeit und damit eine Auseinandersetzung mit dem Volkstrauertag zu verzeichnen ist.

Ergänzend zu der Fragebogenaktion fand ein Gespräch mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V statt. **Der Volksbund begrüßt die Bemühungen um eine angemessene und zukunftsorientierte Gestaltung des Volkstrauertages.**

Zukünftige Vorgehensweise – Zentrale Veranstaltung am Volkstrauertag:

Im Einvernehmen mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge wird künftig das folgende Verfahren durchgeführt:

Volksbund und Stadt Braunschweig laden gemeinsam zu einer zentralen Veranstaltung ein. Die Stadt ist ausschließlich bei dieser Veranstaltung vertreten. Die zentrale Veranstaltung besteht aus der Kranzniederlegung am Hochkreuz auf dem Stadtfriedhof als Stilles Gedenken und anschließender Feierstunde in der Dornse mit Gedenkvortrag, federführend organisiert gemeinsam von Volksbund und Stadt.

Die Veranstaltungsteile der zentralen Veranstaltung werden zeitlich so abgestimmt, dass sie möglichst vielen Repräsentanten aus Stadt, Volksbund, Verbänden etc. die Möglichkeit zur Teilnahme bieten.

Auf der Grundlage der oben genannten Analyse wird die Stadt Braunschweig zukünftig wie folgt verfahren:

- Alle Kranzniederlegungen an Orten, die ein bürgerschaftliches Engagement, eine Auseinandersetzung mit dem Gedenken und die Beteiligung unterschiedlicher Gruppierungen, Initiativen etc. erkennen lassen, werden fortgesetzt. Dies betrifft in besonderer Weise die Kranzniederlegungen in den Stadtteilen. Als Handreichung für alle Kranzniederlegungen, die im Rahmen eines Stillen Gedenkens unter Beteiligung eines städtischen Repräsentanten erfolgen, wird wie bereits im Jahr 2015 der Text des Totengedenkens des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. als Anregung, dieses zu verlesen, zur Verfügung gestellt.
- Die Verwaltung wird auf die Bezirksbürgermeister zugehen und ggf. bestehende organisatorische Fragen abstimmen.

- Auf alle Kranzniederlegungen, die auf Ereignisse vor dem Ersten Weltkrieg Bezug nehmen, wird zukünftig verzichtet (Napoleonischer Krieg, Dt.-Franz. Krieg etc.).
- Auf alle Kranzniederlegungen, die erkennbar ohne Beteiligung von Dritten erfolgen, wird zukünftig verzichtet. Der betroffenen Opfer wird an dem zentralen Gedenkort am Hochkreuz auf dem Stadtfriedhof gedacht.
- Das Gedenken und die Trauer um verschiedene Opfergruppen wird durch die Einbindung exemplarischer Gedenkorte und die Teilnahme städtischer Repräsentanten an bestimmten Orten deutlich sichtbarer zum Ausdruck gebracht. Dies erfolgt zeitlich abgestimmt zu der zentralen Veranstaltung am Hochkreuz und in der Dornse.

Die Orte:

- Erinnerung an die Opfer der KZ-Außenstellen durch Kranzniederlegung am Erinnerungsort Schillstraße (ohne Einladung und städtische Delegation, da das Stille Gedenken hier am 27. Januar eines jeden Jahres seinen zentralen Ort hat).
- Kranzniederlegung und Stilles Gedenken auf dem Friedhof Hochstraße
- Kranzniederlegung und Stilles Gedenken an der Kapelle des Jüdischen Friedhofes.
- Gedenken an die getöteten ausländischen Soldaten aller Nationen und aller Kriege am Hochkreuz.

Dr. Hesse

Anlage/n:

Übersicht über die bisherigen und zukünftigen Orte der Kranzniederlegungen

Ort	Anzahl der Kränze/ Gebinde	Bemerkung
1. Findling Melverode	1 Kranz	wird beibehalten
2. Obelisk Löwenwall	1 Kranz	wird nicht beibehalten
3. Infanterie-Regiment 92 (Löwe), Hauptfriedhof	1 Kranz	wird nicht beibehalten
4. Reserve-Infanterie-Regiment 78 Hauptfriedhof	1 Kranz	wird nicht beibehalten
5. Husarendenkmal	1 Kranz	wird nicht beibehalten
6. Konegendenkmal	1 Kranz	wird nicht beibehalten
7. Vermißtendenkmal	1 Kranz	wird nicht beibehalten
8. Riesebergehrenstätte Stadtfriedhof		wird nicht beibehalten
9. Olfermanndenkmal	1 Kranz	wird nicht beibehalten
10. Gedenkstein Querumer Straße/ Berliner Straße (Nähe Bugenhagenkirche)	1 Kranz	wird beibehalten
11. Kirche Querum	1 Kranz	wird beibehalten
12. Veltenhof, Unter den Linden	1 Kranz	wird beibehalten
13. Kirche Ölper	1 Kranz	
14. Schwarzer Herzog, Ölper	1 Kranz	wird nicht beibehalten
15. Kriegerdenkmal Rühme	1 Kranz	wird beibehalten
16. Kriegerdenkmal Gaußberg	1 Kranz	wird nicht beibehalten
17. Jüdische Kapelle, Helmstedter Straße	1 Kranz	wird beibehalten
18. Kriegerdenkmal Lehndorf-Ost	1 Kranz	wird beibehalten
19. Ehrenschrein im Rathaus	1 Kranz mit Schleife "Rat, Verwaltung, Personalrat der Stadt Braunschweig"	wird beibehalten

20. Ehrenmal auf dem Stadtfriedhof	1 Kranz (bitte größere und bessere Ausstattung als die übrigen Kränze)	wird beibehalten
21. Lönspark	1 Kranz	wird beibehalten
22. Denkmal von 1870 Hauptfriedhof im Bereich des militärischen Ehrenfriedhofes	1 Kranz	wird nicht beibehalten
23. Infanterie-Regiment 92 (Belgien), Hauptfriedhof	1 Kranz	wird nicht beibehalten
24. Gedenkstätte für die in Braunschweig verstorbenen franz. Soldaten 1870	1 Kranz	wird nicht beibehalten
25. Gedenkstätte für die in Braunschweig verstorbenen polnischen Soldaten auf dem Ausländerfriedhof	1 Kranz	wird nicht beibehalten
26. Gedenkstätte für die in Braunschweig verstorbenen sowjet-russischen Soldaten auf dem Ausländerfriedhof	1 Kranz	wird nicht beibehalten
27. Gedenkstätte für die in Braunschweig verstorbenen ukrainischen Soldaten auf dem Ausländerfriedhof	1 Kranz	wird nicht beibehalten
28. Gedenktafel für den Kreis Königsberg/Neumarkt, Eiermarkt 4/5	1 Kranz	wird beibehalten
29. Klosterkirche Riddagshausen, Gedenktafel	1 Kranz	wird beibehalten
30. Jasperehrenmal am Ruhfäutchenplatz	1 Kranz	wird beibehalten
31. Friedhof Hochstraße	1 Kranz	wird beibehalten
32. Gedenkstätte Roselies	1 Kranz	wird nicht beibehalten
33. Ehrenmal der Fallschirmjäger auf dem Hauptfriedhof	1 Kranz	wird nicht beibehalten
34. Wenden	1 Kranz	wird beibehalten

35. Thune	1 Kranz	wird beibehalten
36. Lamme	1 Kranz	wird beibehalten
37. Völkenrode	1 Kranz	wird beibehalten
38. Watenbüttel	1 Kranz	wird beibehalten
39. Bienrode	1 Kranz	wird beibehalten
40. Bevenrode	1 Kranz	wird beibehalten
41. Waggum	1 Kranz	wird beibehalten
42. Hondelage	1 Kranz	wird beibehalten
43. Dibbesdorf	1 Kranz	wird beibehalten
44. Schapen	1 Kranz	wird beibehalten
45. Volkmarode	1 Kranz	wird beibehalten
46. Stöckheim	1 Kranz	wird beibehalten
47. Leiferde	1 Kranz	wird beibehalten
48. Rautheim	1 Kranz	wird beibehalten
49. Mascherode	1 Kranz	wird beibehalten
50. Broitzem	1 Kranz, 1 Gebinde	wird beibehalten
51. Stiddien	1 Kranz	wird beibehalten
52. Timmerlah	1 Kranz	wird beibehalten
53. Geitelde	2 Kränze	wird beibehalten
54. Rüninge	1 Kranz	wird beibehalten

Gesamt:	55 Kränze 1 Gebinde
---------	------------------------

TOP 7.20

Stadt  Braunschweig Der Oberbürgermeister

Postanschrift: Stadt Braunschweig, Postfach 3300, 38023 Braunschweig

**Traditionsverband
Panzeraufklärungsbataillon 1 e.V.
Herrn Geschäftsführer
Michael Krause
An der Trift 15
38173 Sickte**

Fachbereich Finanzen
Abteilung Liegenschaften
Stelle Grundstücksverwaltung
Kleine Burg 14

Zimmer 2.10

Telefon: 0531 470 2884
Bürgertelefon/Vermittlung: 0531 470-1
oder Behördennummer 115
Fax: 0531 470 3524
E-Mail: michelle.neubarth@braunschweig.d

Tag und Zeichen Ihrer Schreibhand

(Bitte bei Antwort angeben)
Mein Zeichen:

Tap

20.22/33

26. Oktober 2021

Übertragung des Nutzungsrechtes anlässlich der Kranzniederlegung am 14. November 2021 am Erinnerungsort „Historische Garnisonsstadt Braunschweig“

**Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Krause.**

die Stadt Braunschweig überträgt Ihnen das Nutzungsrecht für die im beigefügten Lageplan schraffiert dargestellte Fläche am Erinnerungsort „Historische Garnisonsstadt Braunschweig“ für den Zeitraum von 07.00 Uhr bis 10.30 Uhr am 14. November 2021.

Die Übertragung des Nutzungsrechtes schließt das Recht ein, den Zutritt zu der Örtlichkeit zu beschränken und ggf. auch ein Hausverbot auszusprechen (Hausrecht).

Die Niedersächsische Verordnung zur Eindämmung des Corona-Virus SARS-CoV-2 (in der aktuellen Fassung) ist zu beachten und entsprechend anzuwenden. Weiterhin empfehle ich das Tragen einer Mund- und Nasenbedeckung.

Ich bitte darum, die Kränze im Nachgang zeitgerecht zu entsorgen.

Mit freundlichen Grüßen

j.A.

Grünwald

Anlage Lageplan

Internet: <http://www.braunschweig.de>
Sachbearbeiter:



NORD/LB Landessparkasse IBAN DE21 2505 0000 0000 8150 01
Postbank IBAN DE05 2501 0030 0010 8543 07
Volksbank AG BE-WOR IBAN DE50 2502 1056 5026 8640 00

Gläubiger-ID: DE 0985100000094285
Umsatzsteuer-ID: DE 11 48 78 770
Umsatzsteuerantrag-Nr.: 14/001/00152

ZITAT DES TAGES

BZ 23.09.2021



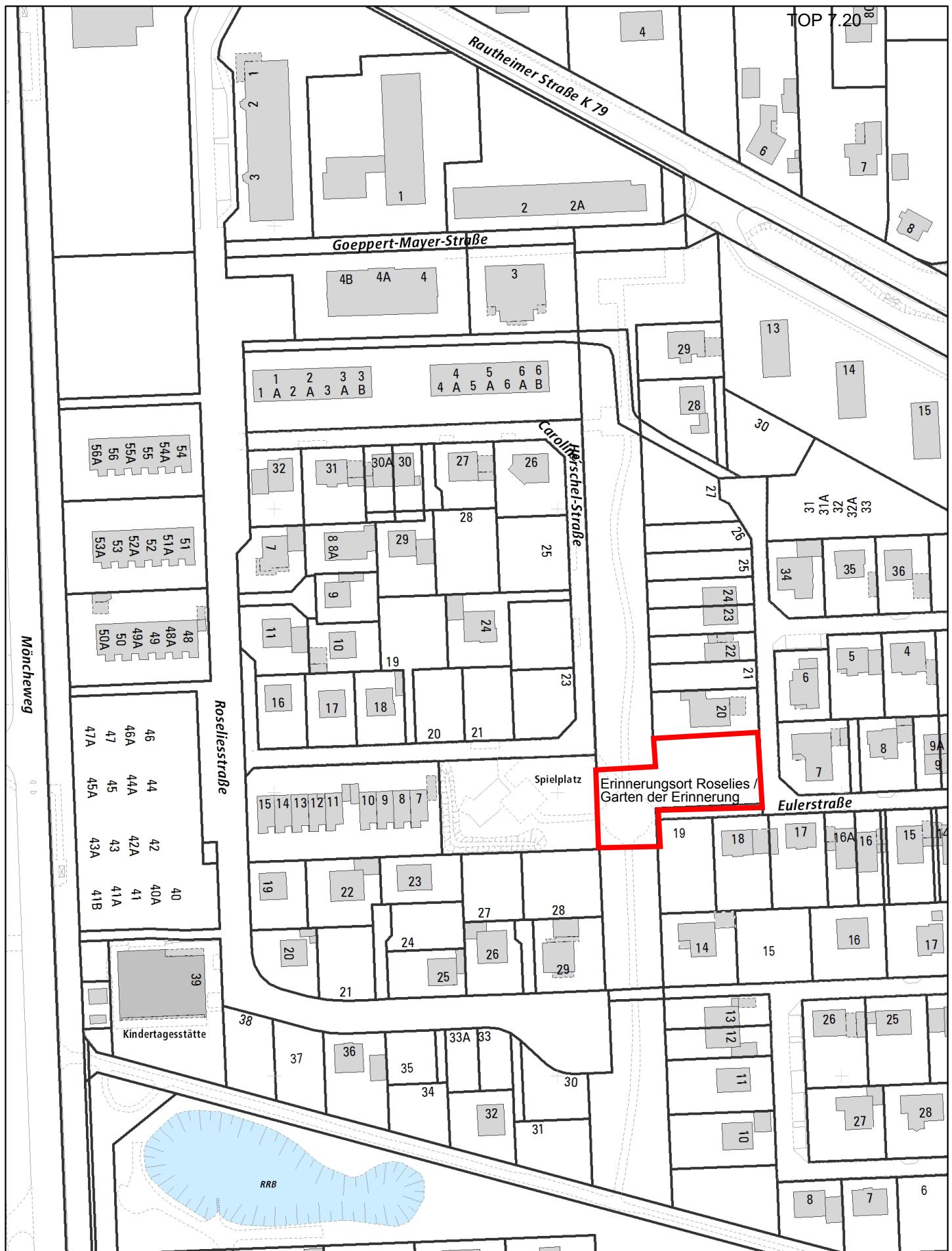
„Wenn es um die Kolonialzeit geht, haben wir sonst so geschichtsbewussten Deutschen allzu viele Leerstellen.“

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat bei der Eröffnung der Ausstellungen des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst in Berlin eine stärkere Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialvergangenheit angemahnt.

27. MAI 32.03.2022
Deutschland beginnt

Völkermord

Chronik 2021
Deutschland erkennt die Verbrechen der Kolonialzeit an den Herero und Nama in Namibia als Völkermord an. Mit 1,1 Milliarden Euro soll Namibia unterstützt werden. Vertreter der beiden Völker fordern Zahlungen an Nachfahren von Zehntausenden Toten. *dpa*



Nur für den
Dienstgebrauch

Angefertigt: 14.06.2016

Maßstab: 1:1.750

Erstellt für Maßstab

0 5 10 20 30
Meter

Der angegebene Maßstab ist in der Karte zu prüfen



Stadt



Braunschweig

Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz,
Abteilung Geoinformation

Roselies – „Garten der Erinnerung“ in Braunschweig eröffnet

Braunschweig. Belgische Obstbäume und Steine, eine Erinnerungstafel – das Gedenken an die Ereignisse im Ersten Weltkrieg hat seinen Ort im Wohnquartier „Roselies“.

Henning Noske

01.09.2018 (Online)

03.09.2018 (Print)



Im Wohnquartier „Roselies“ an der Eulerstraße wurde der „Garten der Erinnerung“ eröffnet. Foto: Henning Noske

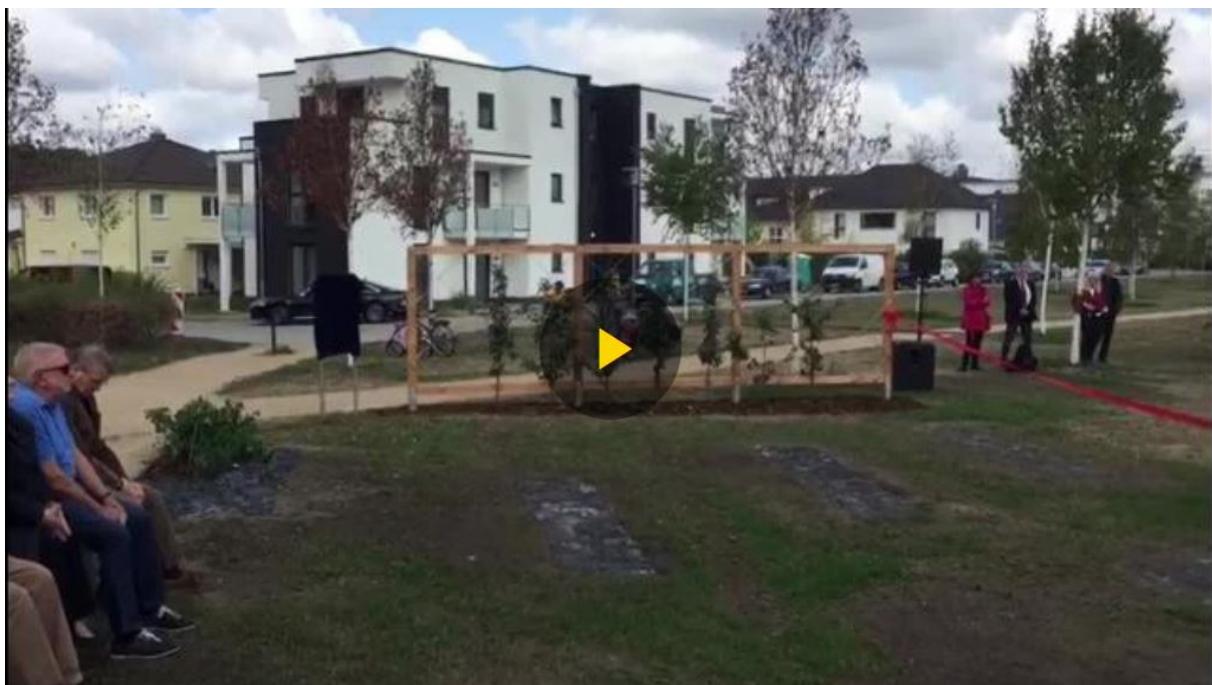
Belgische Obstbäume im Spalier, belgischer Stein in den Rasen eingelassen, eine Erinnerungstafel, am Nachmittag ein Kinderfest – die Eröffnung des „Gartens der Erinnerung“ im Wohnquartier „Roselies“ in Braunschweig-Lindenberg an der Eulerstraße geriet am Samstag zu einem gelungenen Akt der Verständigung mehr als 100 Jahre nach den Ereignissen im Ersten Weltkrieg. Dass damit auch mancher Zwist und manche Peinlichkeit endgültig ein gutes Ende fanden, wurde dankbar registriert.

Eine Delegation aus Belgien unter der Führung von Daniel Tilmant, Präsident des regionalen belgischen Gedenkkomitees, nahm an der Eröffnung teil, symbolisch wurde ein rotes Band durchschnitten. „Ich hoffe, dass dieser Garten den Bewohnern Braunschweigs zugute kommt, dass er als Zeichen des Friedens auch ein Zeichen erneuerter Freundschaft ist“, sagte Tilmant auch im Namen des Bürgermeisters Jean Fersini. Gedenken sei Erinnern – und Erinnern sein Vereinen. Zur Intelligenz der Völker gehöre es, den jeweils anderen zu entdecken und damit den Frieden aufzubauen.



*Zur Eröffnung wurde ein rotes Band durchschnitten. Von links: Annegret Ihbe, Ulrich Markurth, Daniel Tilmant, Mario Pazzi und weitere Mitglieder der belgischen Delegation.
Foto: Henning Noske*

Braunschweigs Oberbürgermeister Ulrich Markurth erklärte, der Weg von tiefen Verletzungen bis hin zur Annäherung sei schmerhaft gewesen. Jetzt habe man das Trennende gemeinsam aus dem Weg geräumt und eine Erinnerungspartnerschaft mit Leben gefüllt. Der „Garten der Erinnerung“, in dem sich dies jetzt in Braunschweig manifestiere, sei unaufdringlich in der Form, aber sehr eindringlich in Gestaltung und innerem Gehalt.



Roselies-Erinnerungsgarten eröffnet
<https://app.box.com/s/zfqxad06kjw8t9ntn5hqprztpp41ns1>

Das dies gelang, ist insbesondere das Verdienst der Braunschweiger Kulturdezernentin Anja Hesse, die das Konzept eines Gartens auf einer Wiese auf der Basis symbolischer Steine ausarbeitete und durchsetzte. Auch ohne die menschliche Wärme und Beharrlichkeit einer Bürgermeisterin Annegret Ihbe, die die Erinnerungspartnerschaft vorantrieb und in Belgien Sympathien zu gewinnen vermochte, wäre man nicht so weit. Schließlich spielte auch das beharrliche und unbequeme Engagement der Braunschweiger BIBS-Ratsfraktion um Peter Rosenbaum, der die Roselies-Frage in Braunschweig aufgebracht hatte, eine wesentliche Rolle.

Im Kern geht es darum, das Fortleben des Namens eines belgischen Dorfes – Roselies – im Braunschweiger Alltag zu erklären und einem angemessenen Erinnern zu öffnen.

Zunächst hieß so die 2003 geschlossenen Kaserne der Deutschen Wehrmacht und später der Bundeswehr – im Rahmen einer Traditionspflege, wie sie heute anders verstanden wird. Im belgischen Roselies hatte sich praktisch schon im August 1914 nur wenige Tage nach Kriegsausbruch die Katastrophe des Ersten Weltkrieges abgezeichnet. Statt wie erhofft durch Belgien „durchzumarschieren“, wurden auch braunschweigische Soldaten in verlustreiche Kämpfe verwickelt, bei denen Zivilisten getötet wurden. Eine Forschungsgruppe des Braunschweigischen Landesmuseums hatte 2015 bestätigt, dass dabei von Angehörigen des braunschweigischen Infanterieregiments 92 auch Kriegsverbrechen begangen wurden.

Daniel Tilmant machte eindrucksvoll klar: „Die Pflicht zur Erinnerung ist keine Strafe, keine Last ...“ Erst wenn Nationen, die gleiche Konflikte und gleiche Schicksale erlebt hätten, die Zeremonien des Trauerns und des Erinnerns teilten, könne man den Frieden stärken. Tatsächlich sind die diplomatischen Kontakte samt Erinnerungspartnerschaft zwischen Braunschweig und der belgischen Gemeinde Aiseau-Presles, in der Roselies liegt, bemerkenswert und selten in der bundesdeutschen Landschaft. Man habe ein gemeinsames Ziel – Erinnerungsarbeit und Versöhnung – und jetzt in Braunschweig einen geeigneten Ort, so Oberbürgermeister Ulrich Markurth.

Auf einem Teil der Grünfläche an der Eulerstraße mitten im Wohngebiet ist ein kleines, von belgischem Spalierobst eingegrenztes Areal mit Trennsteinen aus belgischem Stein entstanden – und lädt zum Verweilen ein. Der „Garten der Erinnerung“ ist laut Stadt Braunschweig „erlebbares Symbol einer Erinnerungspartnerschaft mit der belgischen Gemeinde Aiseau-Presles, zu der die Gemeinde Roselies heute gehört, und auf die der Name der Roseliesstraße verweist“. Die Texttafel als Bestandteil des Gartens informiert über die Geschehnisse während des Ersten Weltkriegs in Roselies (siehe Dokumentation).

Dokumentation: Text der Erinnerungstafel

„Roselies – Garten der Erinnerung
 Das seit 2008 neu errichtete Baugebiet in Braunschweig-Lindenbergs wird durch die Roseliesstraße erschlossen. Der 2010 vergebene Name dieser Straße erinnert an die Roselieskaserne, die 1938 errichtet und bis 1945 militärisch genutzt wurde. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges dienten die Gebäude bis 1958 als Unterkunft für von den Nationalsozialisten zwangsdeportierte Ausländer (so genannte Displaced Persons, die aufgrund ihrer drohenden Verfolgung nicht in ihre Heimat zurückkehren wollten) und für deutsche Flüchtlinge. Später nutzte auch die Royal Amy das Areal. Im Jahr 1962 bezogen die ersten Einheiten der Bundeswehr die Kaserne, die weiterhin den Namen Roselies führte.“

Die Schließung der Kaserne erfolgte 2003. Von den ehemaligen Kasernengebäuden sind mehrere im nördlichen Teil des Baugebietes erhalten.



Eine Gedenktafel ist Teil des „Gartens der Erinnerung“.

Foto: Henning Noske

Die 1938 erfolgte Benennung der Kaserne durch die Wehrmacht entsprang sowohl dem Bedürfnis nach einer Anknüpfung an die Traditionen Braunschweigischer Infanterie als auch – zeittypisch – nach einer Verbindung zum militärischen geschehen des Ersten Weltkrieges. Aus diesem Grund wurde das belgische Dorf Roselies (50 km südlich von Brüssel) als Namensgeber gewählt, das am 22. und 23. August 1914 im Rahmen der Schlacht an der Sambre zum Austragungsort einer verlustreichen militärischen Auseinandersetzung zwischen deutschen und französischen Truppen wurde, dabei wurden auf beiden Seiten mehrere Hundert Soldaten getötet oder verwundet. Die zweitägigen Gefechte waren zugleich die ersten Kämpfe, an denen das in Braunschweig stationierte Infanterieregiment 92 beteiligt war. Im Rahmen dieser Kämpfe, bei denen das Dorf erheblich zerstört wurde, töteten deutsche Soldaten in Roselies auch mehrere belgische Zivilisten, darunter den Ortspfarrer Abbé Pollart.

Die Erinnerung an diese Geschehnisse spielt in Roselies, das heute Bestandteil der Gemeinde Aiseau-Presles ist, bis in die Gegenwart eine wichtige Rolle. Aus Anlass der 100. Wiederkehr des Ausbruches des Ersten Weltkrieges und vor dem Hintergrund der fortschreitenden Versöhnung der ehemaligen Kriegsgegner im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses haben die Gemeinde Aiseau-Presles und die Stadt Braunschweig 2014/15 Kontakt miteinander aufgenommen. Daraus ist eine Erinnerungspartnerschaft entstanden, die in diesem Garten der Erinnerung einen konkreten Ort findet und dem Wunsch nach Frieden und guter Nachbarschaft in Europa Ausdruck verleiht.

Dieser Garten der Erinnerung nimmt mit der Flächengestaltung mit Steinplatten aus Belgien und der Pflanzung von belgischem Spalierobst sowie der Rose „Friedenslicht“ Bezug auf jene Region, der die Stadt Braunschweig in Zukunft in Freundschaft verbunden wird.“

<https://www.braunschweiger-zeitung.de/braunschweig/article215229219/Roselies-Garten-der-Erinnerung-in-Braunschweig-eroeffnet.html>

Absender:

SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 212

TOP 7.21

22-17605

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Sicherheits- und Verkehrsprobleme Margarete-Steiff-Str.

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

05.01.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode 18.01.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

Bei der Zu- und Abfahrt auf den Görge-Markt kommt es aufgrund der geringen Abmessungen immer wieder zu erheblichen Verkehrsproblemen bei Fahrzeugen, die sich bei An- und Abfahrt gegenseitig behindern. Auch die Anfahrt für Fahrräder ist problematisch, da die Zufahrt für diese Verkehrsteilnehmer/-innen von der Rautheimer Str. in die Margarete-Steiff-Str. unzureichend geregelt ist.

In diesem Zusammenhang fragen wir an:

1. Ist die Zu- und Auffahrt zum Görge-Markt veränderbar, z.B. indem am Beginn der Margarete-Steiff-Str. die Zufahrt angelegt wird und an der jetzigen Zu- und Abfahrt zukünftig nur die Abfahrt erfolgt?
2. Ist es möglich, dass Radfahrer/-innen zukünftig auch den derzeit nur als Fußweg ausgeschilderten Teil mit benutzen können?

Gez.

Dietmar Schilff

Anlage/n:

Keine